

Bürgerinformation

Mitteilungen für Salzbergen und die Ortsteile Holsten, Bexten, Holsterfeld, Hummeldorf, Steide, Öchtel und Neumehringen

Herausgeber: SPD-Ortsverein Salzbergen und SPD-Gemeinderatsfraktion



Erstausgabjahr: 1975

Nr. 113

Ausgabe: Februar 2025

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl

MdB Dr. Daniela De Ridder kämpft für die Region



Dr. Daniela De Ridder MdB

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

als eure bzw. Ihre SPD-Bundestagsabgeordnete kämpfe ich stets für soziale Gerechtigkeit, sichere Arbeitsplätze, bezahlbares Wohnen, die Unterstützung unserer Familien, mehr Kaufkraft und eine starke Wirtschaft.

Auch in Zukunft möchte ich mich für euch bzw. Sie einsetzen, mit Erfahrung, Leidenschaft und einem offenen Ohr für alle Anliegen. Am 23. Februar 2025 bitte ich erneut um das Vertrauen - für eine starke Vertretung unserer Region im Bundestag.

Eure / Ihre *Dr. Daniela De Ridder*

Persönliches

Daniela De Ridder verbrachte ihre Kindheit mit ihrem belgischen Vater Jean De Ridder, einem ehemaligen Widerstandskämpfer der belgischen Résistance und Marinekommandanten, und ihrer deutschen Mutter Gisela De Ridder-Blenska überwiegend in Belgien. Wohnhaft war die Familie dabei zunächst in Brüssel, später in Kelmis im deutschsprachigen Teil Belgiens. Sie besitzt neben der deutschen auch die belgische Staatsangehörigkeit.

Im Jahr 2011 trat sie für die SPD im Landkreis Grafschaft Bentheim als Kandidatin für die Landratswahl an. Unterstützt wurde sie dabei auch von der Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie vom Bürgerforum Emlichheim. Bei der Landratswahl am 11. September 2011 unterlag sie mit 48,05 Prozent nur knapp ihrem CDU-Gegenkandidaten. Seit 2013 ist sie mit kurzer Unterbrechung Bundestagsabgeordnete. Von November 2011 bis August 2014 war De Ridder Kreisvorsitzende der

SPD in der Grafschaft Bentheim. Von 2016 bis 2021 war sie Mitglied im Kreistag des Landkreises Grafschaft Bentheim, hier etwa im Kreisausschuss – sowie im Samtgemeinderat und insbesondere im Finanz- und Haushaltsausschuss ihrer Heimatgemeinde Schüttorf. Bei den Bundestagswahlen kandidierte sie stets im Bundestagswahlkreis „Mittlelms“.

Aus dem Inhalt:

- Seite 2: SPD-Ratsmitglieder
- Seite 3: Straßenausbaubeiträge nötig?
- Seite 4: Merz ohne Visionen
- Seite 5: Atomkraftwerke sinnvoll?
- Seite 6: Kreisstraße in Bexten
- Seite 7: Renten stabilisieren
- Seite 8: Wärmepumpen zukunftsfähig









www.spd-salzbergen.de



Haben Sie Fragen? Sprechen oder schreiben Sie uns an!

Ihre gewählten Mitglieder im Kreistag, im Gemeinderat und in den Ortsräten sind für Sie aktiv:

Fotodesign Michaela Mai

 <p>Christian Otten (50) Chemikant Kreistagsabgeordneter Mitglied des Gemeinderates SPD-OV-Vorsitzender Schwalbenweg 5 info@spd-salzbergen.de 05976-697784</p>	 <p>Detlev Walter (66) Rentner SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Salzbergen Kantstraße 14 fraktion@spd-salzbergen.de 05976-9178</p>	 <p>Klaus Gödde (58) Diplom-Mathematiker Stv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat Salzbergen Fraktionsgeschäftsführer Lerchenweg 1 klaus@goeddeteam.de 05976-94378</p>	 <p>Jürgen Schöttler (69) Bundespolizeibeamter a. D. Mitglied des Gemeinderates Salzbergen und des Ortsrates Holsten-Bexten Holstener Weg 15 j.schoettler@web.de 05976-1703</p>
 <p>Birgit Elfert (66) Einzelhandelskauffrau Mitglied des Gemeinderates Salzbergen SPD-OV-Kassiererin Buddenkamp 4 birgit.rehwinkel@gmail.com</p>	 <p>Markus Lammers (55) Diplom-Ingenieur Mitglied des Gemeinderates Salzbergen und des Ortsrates Holsten-Bexten Wacholderweg 13 markus-lammers1969@t-online.de 05976-940452</p>	 <p>Monique Mense (39) Studienrätin Mitglied des Ortsrates Steide Winkelweg 7 a monique.gelker@freenet.de 05976-373369</p>	 <p>Simon Winnemöller (43) Medizinphysikexperte Erste Ersatzperson für den Gemeinderat Salzbergen und den Ortsrat Steide Winkelweg 8 simon.winnemoeller@spd-salzbergen.de</p>

Der Vorstand des SPD-OV Salzbergen

Vorsitzender: Christian Otten
Stv. Vorsitzender: Felix Schonhoff
Kassiererin: Birgit Elfert
Schriftführer: Simon Winnemöller
Beisitzer: Lothar Buttler
Beisitzerin: Christine Flege
Beisitzer: Norbert Gassner

Beisitzer: Guiliano Eilers
Beisitzer: Jürgen Schöttler
Beisitzer: Norbert Zwartjes
Beratende Mitglieder:
Detlev Walter als
Fraktionsvorsitzender
Willi Jansen als
Ehrenvorsitzender



CDU lehnt Antrag ab - SPD: Ungleichheit beenden

SPD will Straßenausbaubeiträge in Salzbergen abschaffen

Ein Beitrag von Detlev Walter, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, ist im Gemeinderat an der CDU gescheitert. Leider!

Schon mehr als 50 % der niedersächsischen Gemeinden haben diese Gebühren abgeschafft.

Die ruinöse Höhe der Beiträge, die von den Grundstückseigentümern erhoben werden, kann für die Betroffenen, insbesondere sozial schwächere und ältere Menschen, existenzbedrohende Ausmaße annehmen. Die Kosten der Energiewende für Dämmung und Heizen mit erneuerbaren Energien stehen vielen Eigentümern zusätzlich noch vor der Tür.

Ungleichbehandlung

Anlieger von Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen sind von solchen Straßenausbaubeiträgen nicht betroffen. Für Salzbergener Bürger hängt es also davon ab, an welchen Straßen ihre Grundstücke liegen, ob sie zur Kasse gebeten werden oder nicht. Nach Meinung der SPD-Ratsfraktion ist eine derart eklatante Ungleichbehandlung der Grundstückseigentümer nicht akzeptabel.

Wir wollen diese Kosten auf alle Bürger verteilen, um niemanden zu überfordern. Entweder aus dem laufenden Haushalt der Gemeinde oder durch moderate Grundsteuererhöhung.

Wir wollen keinen Bürger allein lassen.



Detlev Walter

Warum müssen Straßen erneuert werden?

Der Zustand ist zu schlecht geworden, aber warum ist dies geschehen? Ist nur das Alter der Straße, die durch die Witterung in Mitleidenschaft gezogen wurde? Oder ist die gestiegene Verkehrsbelastung auf Sammelstraßen, die von allen Mitbürgern genutzt werden, Schuld daran?

Die Anwohner der Sammelstraßen sollen aber diese Straßen **allein** bezahlen und nicht auch alle anderen Benutzer. Auch da spricht die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für mehr Gerechtigkeit.

Ein weiterer Punkt für den schlechten Zustand einer Straße sind die Bauarbeiten der Versorgungsunternehmen.

Die Straßen wurden und werden aufgerissen, um Kabel und Leitungen zu verlegen oder zu reparieren.

Anschließend wird die Baustelle nur schnell zugemacht wobei Kaltasphalt oder Pflastersteine zum Einsatz kommen. Ein Flickenteppich entsteht. Die Gemeindeverwaltung muss besser auf die fachgerechte Reparatur der Fahrbahndecke achten!!!

Schnell, schnell!

Was wird erst mit den Straßen geschehen, durch die vielleicht in der Zukunft die Nahwärme Leitungen verlegt werden? Man kann auf das Beste hoffen, aber finanzielle Gründe können für „schnell, schnell“ sprechen.

Auf jeden Fall wird die Straßenausbausatzung reformiert, das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen. Wir werden darauf dringen, die betroffenen Bürger so viel wie möglich zu entlasten.

Das ist der kleine Erfolg, den unser Antrag bewirkt hat.



Am 23. Februar ist Bundestagswahl

Friedrich Merz ohne Visionen für die Zukunft

Während Merz (CDU) ohne Visionen für die Zukunft Deutschlands Wahlkampf macht und dabei den vielen Beschäftigten in der Industrie den Boden unter den Füßen wegzieht, setzen wir mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) auf die Sicherung der Industriearbeitsplätze. Das Ende des „grünen Stahls“ würde gleichzeitig das Ende von tausenden Arbeitsplätzen bedeuten. An den Arbeitsplätzen hängen Beschäftigte, deren Familie und die Region. Deutschland ohne Stahlindustrie ist nicht denkbar. Wir brauchen niedrige Energiepreise, mehr Investitionen und Kraftanstrengungen für unsere Zukunft.

Mit unserem „Made in Germany“-Bonus setzen wir genau da an.

Aus dem Wahlprogramm der SPD:

„Made in Germany“-Bonus für Unternehmen

Als Grundlage für gute Löhne und mehr Beschäftigung sieht Olaf Scholz ein Wachstum der Wirtschaft. Mit einem „Made in Germany“-Bonus will die SPD deshalb Unternehmen unterstützen, die in Deutschland investieren. Die Idee: Jede Investition, etwa in eine neue Maschine, wird mit zehn Prozent der Anschaffungssumme direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert. „Diese Maßnahme ist genau das, was Deutschlands Wirtschaft jetzt braucht“,



betont Olaf Scholz. Darüber hinaus will die SPD „Deutschlandfonds“ mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro schaffen und so dafür sorgen, dass gezielt in den Ausbau von Infrastruktur – von modernen Energienetzen, über Wohnungen bis zu Datenleitungen – investiert wird. Nach Schätzungen des Chefvolkswirts Claus Michelsen könnten so zusätzlich 230 Milliarden Euro an privaten Investitionen mobilisiert werden.

Weniger Steuern auf Lebensmittel

So will die SPD „für 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler“ die Einkommenssteuer senken.

„Mit dem, was wir vorschlagen, werden Familien um mehrere Hundert Euro im Jahr entlastet“, rechnet Parteichef Lars Klingbeil vor. Nach Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft hätten private Haushalte auf diese Weise rund 15 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Zusätzlich profitieren sollen sie von einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von sieben auf fünf Prozent. Wer Kinder hat, soll künftig nichts mehr für das Mittagessen in Kita und Schule bezahlen müssen. Auch das Elterngeld will die SPD reformieren. Eltern erhalten es als Ersatz für ihren Lohn, wenn sie sich entscheiden, sich vorübergehend um die Kindererziehung zu kümmern.



Eine notwendige Richtigstellung

Brauchen wir Atomkraftwerke?

Ein Beitrag von Markus Lammers

Seit dem Angriffskrieg der russischen Armee auf die Ukraine und die dadurch ausgelöste Energiekrise, hat sich die Diskussion zur Wiederaufnahme der Atomkraft in Deutschland stark erhöht. Viele Menschen stellen sich die Frage, warum wir die Atomkraft nicht weiter nutzen, da viele europäische Staaten weiterhin Atomkraftwerke betreiben und auch neue planen. Es bedarf hierzu einer Richtigstellung!

Stetige Abnahme

Der Anteil der Atomenergie an der Energieversorgung in Europa nimmt seit den 1980er Jahren stetig ab. Lag dieser im Jahr 1985 noch bei 15,1 %, so liegt er jetzt bei knapp 10 %. Es stimmt, dass einige neue Atomkraftwerke in Europa geplant sind, ob diese tatsächlich gebaut werden, ist völlig ungewiss. In den letzten 20 Jahren sind genau zwei Atomkraftwerke in Europa in Betrieb gegangen.

Kostenexplosion

Der französische Kernreaktor in Flamanville ist im Herbst 2024 in Betrieb gegangen. Ursprünglich war die Inbetriebnahme für das Jahr 2012 geplant. Die Kosten liegen jetzt bei 13,2 Milliarden Euro, 4x höher als geplant.

Der finnische Kernreaktor in Olkiluoto ist im Jahr 2022 mit 13 Jahren

Verspätung ans Netz gegangen. Die Kosten liegen jetzt bei 11 Milliarden Euro, ebenfalls 4x so hoch wie geplant.



Markus Lammers

Kernenergie ist und bleibt eine der teuersten Energiearten. Einige internationale Prognosen von Wirtschaftsverbänden gehen davon aus, dass Atomstrom künftig 6- bis 10-mal teurer sein wird als Solarenergie. Daher ist es schwer vorstellbar, dass Frankreich seinen Atomstrom in Zukunft am europäischen Markt verkaufen kann. Dort kommt immer die günstigere Quelle zum Zug, und das sind erneuerbare Energien. Außerdem wird in Frankreich der Atomstrom stark subventioniert und der französische Betreiber der Atomkraftwerke (EDF) ist verstaatlicht worden, wohl wissend, dass ein privater Investor die Kosten

nicht mehr stemmen kann. Ohne Verstaatlichung wäre EDF längst pleite. Man spricht von ca. 70 Milliarden Schulden. Trotzdem sind sechs neue Atomkraftwerke in Frankreich geplant. Wann diese ans Netz gehen, ist unklar, aber die Erfahrungswerte zeigen, dass die durchschnittliche Bauzeit ca. 15 Jahre dauert. Demgegenüber stehen 56 Kernreaktoren, die zurzeit in Frankreich in Betrieb sind. Die meisten dieser Kernreaktoren sind über 30 Jahre alt und weisen immer wieder Probleme auf. Im Jahr 2022 wurden 22 Kernreaktoren stillgelegt, weil Reparaturen am Primärkreislauf vorgenommen wurden, die mehrere Dutzende Milliarden Euro kosteten. In dieser Zeit musste Frankreich viel Strom aus dem Ausland importieren.

Auslaufmodell

Andererseits erleben erneuerbare Energien weltweit eine ungebrochene Dynamik im Ausbau und werden wegen der zunehmenden Elektrifizierung den Anteil der Atomenergie verringern. Bis 2040 gehen weltweit 200 Kernreaktoren vom Netz, lediglich 53 Neubauten stehen diesen gegenüber.

Der Autor dieses Artikels, Diplomingenieur Markus Lammers, ist Mitglied des Gemeinderates.

Presseschau: Straubinger Tagblatt

Mitte Januar 2025 kommentierte das in Bayern erscheinende „Straubinger Tagblatt“ den Wahlkampf der SPD: „Die SPD hat das redlichste Wahlprogramm vorgelegt. Redlich, weil die Partei keine Luftschlösser baut, sondern Versprechen macht, die der Realität nach dem Wahltag standhalten können. (...) Nach der Wahl wird man der SPD

nicht vorwerfen können, der Politikverdrossenheit Vor-schub geleistet zu haben“

Quelle: dpa



Verlegung der Kreisstraße K319

Neue Umgehungsstraße in Bexten in Planung

Ein Beitrag von Markus Lammers und Jürgen Schöttler

Die Planungen der Umgehungsstraße im Ortsteil in Bexten schreiten voran. Bereits 2021 wurden die entsprechenden Baupläne für die betroffenen Anwohner vorgestellt. Die Pläne sahen aber keine eigene Zufahrt von Bexten zur Umgehungsstraße vor. Die Zufahrt erfolgt über die Feldhookstraße, was bei einigen Anwohnern für Unmut sorgt.

Dafür haben wir durchaus Verständnis! Man muss allerdings auch die andere Seite berücksichtigen. Bereits in den 90er Jahren wurde bei der anstehenden Flurbereinigung die gewünschte Umgehungsstraße von Bextener Bürgern eingeplant. Die Zuständigkeit für die Planung und den Bau der Umgehungsstraße liegt beim Landkreis Emsland und nicht bei der Gemeinde Salzbergen. Dass der Landkreis die Planungen zugunsten einer zusätzlichen Zufahrt ändern wird, ist sehr

gering. Bei einer Zufahrt zur neuen Umgehungsstraße in Bexten sieht der Landkreis einen zusätzlichen Unfallschwerpunkt, besonders die Sicherheit der Kinder liegen der Gemeinde und dem Landkreis am Herzen: An der neu zu schaffenden Straße sind eine Lichtzeichenanlage, eine Bushaltestelle und ein neuer Radweg geplant. Die alte Bextener Straße wird zur Gemeindestraße herabgestuft. Sollte der von einigen Bürgern geforderte Anschluss an die neue Umgehungs kommen, würden diese Zusatzkosten von der Gemeinde Salzbergen allein zu tragen sein. Diese Kosten könnten auf die Anlieger umgelegt werden.

Nach Abwägung aller Sachverhalte wird die SPD-Fraktion im Gemeinderat für die Baupläne des Landkreises stimmen.

Markus Lammers und Jürgen Schöttler

Aus dem Wahlprogramm der SPD

Moderate Reform der Schuldenbremse

Bleibt die Frage der Finanzierbarkeit. „Wir haben die Möglichkeit, das im Rahmen der Regeln unserer Verfassung zu tun“, erklärt Olaf Scholz. Die vorgesehenen Ausgaben seien unter den Vorgaben der Schuldenregeln zu bewältigen. Trotzdem werben Scholz und die SPD in ihrem Wahlprogramm „für eine moderate Reform der Schuldenbremse“. Zusätzliche Einnahmen versprechen sie sich davon, „die höchsten Vermögen in unserem Land bei der Finanzierung der Gemeinschaft stärker in die

Verantwortung zu nehmen“. Das soll über eine Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie über die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer passieren. Zudem soll die Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge abgeschafft werden. Kapitalerträge wie Zinsen oder Dividenden würden dann wie Arbeitseinkommen versteuert. Das Institut der Deutschen Wirtschaft geht hier von Mehreinnahmen in Höhe von 19 Milliarden Euro aus.

Das schreibt der VORWÄRTS zum SPD-Wahlprogramm:

„Bleibt die Frage, wie all das finanziert werden soll. Während das Wahlprogramm der CDU am Wochenende von Ökonomen und Journalisten vor allem dafür kritisiert worden war, offen zu lassen, woher das Geld für Steuersenkungen und weitere Versprechen kommen soll, macht die SPD hier klare Aussagen. **„Wir gehen ran an die hohen Vermögen und die hohen Einkommen in diesem Land“**, kündigte Parteichef Lars Klingbeil im „Bericht aus Berlin“ an. So soll laut Wahlprogramm das oberste ein Prozent der Einkommen bei der Einkommenssteuer stärker belastet werden. Auch hohe Erbschaften und Vermögen sollen stärker besteuert werden“.

Unterstützung der Ukraine mit Besonnenheit

Und natürlich spielt auch die Sicherheit Deutschlands eine wichtige Rolle im Wahlprogramm der Partei. Um die Bundeswehr zu modernisieren, sollen die Verteidigungsausgaben deshalb auch künftig mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Und: „Wir stehen für die Sicherheit der Ukraine, und wir stehen für Besonnenheit“, betont Olaf Scholz. „Zur Verteidigung der Ukraine und zur Sicherung des Friedens in Europa unterstützt die SPD die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte und die Lieferung von Waffen und Ausrüstung mit Besonnenheit und Augenmaß“, heißt es im Wahlprogramm, das der Parteitag am 11. Januar beschlossen hat. Für die SPD ist dabei klar, dass die Unterstützung der Ukraine nicht zu Lasten von Investitionen und der sozialen Sicherheit in Deutschland gehen darf. „Wer sein Kreuz bei der SPD macht, kann sicher sein, dass das eine nicht gegen das andere ausgespielt wird“, verspricht Bundeskanzler Olaf Scholz.



Aus dem Wahlprogramm der SPD

Stabilisierung der Renten ist zentrale Frage

„Unser Anspruch ist, dass wir nicht Dinge versprechen, die man nicht halten kann“, sagt SPD-Chef Lars Klingbeil. Entlastungen und Mehreinnahmen seien deshalb gegenfinanziert. „Unsere Überzeugung ist, dass wir eine Politik machen müssen für die Mehrheit der Menschen im Land“, so Klingbeil. Dazu gehört auch die Stabilisierung der Renten. „Wir sorgen dafür, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gesichert wird“, versprechen die Sozialdemokraten in ihrem Wahlprogramm. „Dies ist auch im Interesse derjenigen, die in Zukunft in Rente gehen.“ Wer 45 Jahre gearbeitet hat, soll auch künftig zwei Jahre früher abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können. Eine Anhebung des

Renteneintrittsalters lehnt die SPD klar ab. Die Alterssicherung ist aus Sicht von Olaf Scholz „eine zentrale Frage, um die es bei der nächsten Bundestagswahl geht“.



So unterscheiden sich SPD und CDU in der Rentenpolitik

SPD: Ein Anheben des gesetzlichen Regeleintrittsalters über 67 Jahren hinaus lehnt die SPD weiterhin ab. Ein Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren – also die Altersrente für **besonders langjährig Versicherte** – soll auch künftig ohne Abschläge zwei Jahre früher möglich sein. „Wer 45 Jahre hart gearbeitet hat, muss weiter zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Das ist gerecht“, heißt es dazu im Regierungsprogramm.

CDU: War in ihrem Grundsatzprogramm noch davon die Rede, die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung zu koppeln, rudert die CDU in ihrem Wahlprogramm zurück. Danach will sie an der bestehenden Regelung zum gesetzlichen Renteneintrittsalter festhalten. Die Regelung für besonders langjährige Versicherte mit 45 Beitragsjahren scheint hingegen keine Perspektive zu haben: sie soll lediglich „mit Blick auf die Planungssicherheit für Unternehmen und rentennahe Jahrgänge“ beibehalten werden.

SPD: Die SPD hält weiterhin an ihrem Plan fest, das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent zu sichern. Denn nach geltendem Recht läuft die Stabilisierung des Rentenniveaus bereits zum 1. Juli 2025 aus und würde in den Folgejahren spürbar sinken. Das käme einer Rentenkürzung im Verhältnis zur Lohnentwicklung gleich und würde auch jene treffen, die erst in 30 oder 40 Jahren in Rente gehen. „Das Rentenniveau sichert sich nicht von selbst“, heißt es dazu im Programm der SPD. „Wir sagen konkret was wir tun. Wer das nicht tut – wie die Merz-CDU – sagt den Menschen in der Rentenpolitik nicht die Wahrheit.“

CDU: Tatsächlich will die CDU das Rentenniveau nach eigener Aussage zwar sichern, wie und in welcher Höhe sie das tun will, bleibt allerdings völlig unklar. Aus ihrem Wahlprogramm geht hierzu lediglich hervor, dass für Menschen, die 45 Jahre Vollzeit gearbeitet und Beiträge gezahlt haben, „die gesetzliche Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen“ muss.

Impressum Herausgeber: SPD-Ortsverein Salzbergen und SPD-Ratsfraktion Salzbergen

Verantw. i.S. d. PG: Christian Otten, Schwalbenweg 5, 48499 Salzbergen

Redaktion: Willi Jansen (Leitung und Gestaltung), Detlev Walter, Markus Lammers, Klaus Gödde

Redaktionsanschrift: SPD-Bürgerinformation, Tannenweg 12, 48499 Salzbergen

Druck: JANSEN WERBUNG, Schümersmühle 2, 48499 Salzbergen, Mobil: 0155 - 661756 54

Postaktuell-Wurfsendung an alle Haushaltungen, Auflage: 3.500 Stück



Salzbergen: Wärmepumpenförderung

Nutzen Sie die Chance, solange es noch geht!

Betrieb von Gas- und Ölheizungen werden sich stark verteuern

Ein Beitrag von Klaus Gödde, Mitglied des Gemeinderates

Salzbergen. Die Förderung für den Einbau einer Wärmepumpe ist nach wie vor attraktiv. Laut Gesetz wird sie mit bis zu 70 Prozent der Kosten unterstützt. Allerdings könnte diese Förderung mit dem Beginn der nächsten Bundesregierung beendet werden. Wer also von dieser Unterstützung profitieren möchte, sollte nicht länger zögern und schnell handeln.

Wie beantragt man die Förderung bei der KfW?

Der Antrag bei der KfW ist relativ unkompliziert. Alles, was Sie dafür benötigen, ist ein Vertrag mit einem Installateur, der die Wärmepumpe bei Ihnen einbauen wird. Gehen Sie dann auf die KfW-Website (einfach nach „KfW Zuschuss Nr. 458“ googeln), tragen Sie Ihre Daten ein und Sie erhalten in der Regel innerhalb von etwa einer Stunde eine Zusage, wenn alle Angaben stimmen. Das Langwierigste ist, einen passenden Installateur zu finden, sich ein Angebot machen zu lassen und den Vertrag zu unterschreiben. Das lässt sich jedoch innerhalb von zwei Wochen erledigen – also noch genug Zeit, um die Förderung vor dem Regierungswechsel zu sichern. Was passiert, wenn es mit der Förderung doch nicht klappt? Das wäre zwar ärgerlich, aber der Vertrag mit dem Installateur enthält eine Klausel,

die es Ihnen ermöglicht, vom Vertrag zurückzutreten, falls die Förderung nicht genehmigt wird. Sie gehen also kein Risiko ein.



Klaus Gödde

Muss die Wärmepumpe sofort eingebaut werden, um die Förderung zu erhalten?

Nein, Sie haben bis zu drei Jahre Zeit. Innerhalb dieses Zeitraums müssen Sie die letzte Rechnung einreichen, um die Förderung in Anspruch zu nehmen.

Was ist mit dem geplanten Nahwärmeangebot in Salzbergen?

Die Entscheidung, ob Sie auf eine Wärmepumpe oder auf Nahwärme setzen, hängt von Ihren individuellen

Bedürfnissen ab. Beide Heizsysteme haben ihre Vor- und Nachteile, und nicht jede Lösung passt zu jedem Haus oder zu jedem Eigentümer. Was jedoch beide gemeinsam haben, ist, dass sie vor den stark steigenden CO2-Preisen ab 2027 schützen. Im Gegensatz zu Öl- oder Gasheizungen fällt bei beiden Heizsystemen keine CO2-Abgabe an.

Unsere Entscheidung für eine Wärmepumpe

Wir haben uns für den Einbau einer Wärmepumpe entschieden – trotz der Herausforderungen, die unser Haus aus dem Jahr 1965 mit sich bringt, wie etwa der fehlenden Fußbodenheizung (ist ein Mythos, dass man sie bräuchte) und der eher bescheidenen Dämmung. Trotz aller Bedenken sind wir zuversichtlich, dass die Wärmepumpe ihren Dienst gut verrichten wird. Welche Lösung in 20 Jahren die einfachste, günstigste und stressfreieste war, wird sich dann zeigen. Aber im Rückblick werden wir sicherlich alle, auch ich, ein Stück klüger sein.

Treffen Sie eine Entscheidung, die zu Ihnen passt, und lassen Sie sich dann nicht von der emotional aufgeladen Diskussion um das Thema beirren.

Klaus Gödde



Wir
informieren Sie



www.spd-salzbergen.de